

KA Finanz. Die Horror-Bank der österreichischen Steuerzahler

€CO-Journal.ORF2. 03.05.2012.Quelle:ORF

(Transkript. Statement von H. Androsch: S1)

Zombie-Bank, tickende Zeitbombe, Milliardengrab – so oder so ähnlich wird die einzige „Bad Bank“ Österreichs immer wieder genannt. Aber kennen Sie die KA Finanz? Und damit herzlich willkommen bei €CO.

Die KA Finanz verwaltet die riskanten Papiere der einstigen Kommunalkredit. Diese Bank war die erste, die zu Beginn der Finanzkrise 2008 in Österreich notverstaatlicht werden musste. Rund zwei Milliarden sind bisher vom Staat geflossen und jetzt stellt sich die Frage, was da noch so auf uns zukommt. Denn die marode Bank hat weitere zig Milliarden in Krisenländern investiert.

Der 1. Mai in den Krisenländern. In den Straßen von Griechenland, Spanien und Portugal werden die gleichen Parolen skandiert: gegen die Kapitalisten, gegen Sparprogramme und gegen das Geld, das die Banken bekommen und nicht das Volk. Wien ist anders. Nicht nur die Musik klingt gemütlicher, auch die Slogans sind gemäßiger. Und mittendrin wie jedes Jahr ein prominenter Genosse: Hannes Androsch, Ex-Finanzminister, Ex-Banker, Salzbaron und erfolgreicher Hightech-Unternehmer. Bei den Genossen in den Krisenländern wäre er eher ein Vertreter des Klassenfeinds. In Österreich darf er auch als Fürsprecher der Bankenrettung mitmarschieren.

Hannes Androsch: *Na, weil dann sofort alles unter Umständen oder der größte Teil als Verlust zu übernehmen gewesen wäre, und das wäre die teuerste Lösung gewesen. Also zeigt sich schon jetzt, dass die Rettungsmaßnahme, so sehr sie auch Geld gekostet hat, noch immer viel billiger war als ein Totalverlust.*

Doch ist das wirklich so? €CO besucht die Bilanz-Pressekonferenz jener Bank, die als allererste gerettet werden musste: die Kommunalkredit. Vorstand Alois Steinbichler kann noch immer keine guten Nachrichten verkünden – 150 Millionen Verlust, Griechenland lässt grüßen. Dabei hat der Banker ohnehin schon genug Probleme zum Abbauen, denn er muss sich noch um eine zweite Bank kümmern – ebenfalls in Staatshand. Bis 2008 ist die Kommunalkredit noch im privaten Eigentum der Volksbanken AG und der belgisch-französischen Dexia. Die Geschäftsfelder: biedere kommunale Geschäfte, Wertpapiere und riskante CDS-Papiere, zu deutsch: Kreditausfallsversicherungen. Dann wird die Kommunalkredit von der Krise erwischt und geht 2009 zu 100 Prozent in Staatsbesitz über. Die Bank wird in zwei Teile gespalten: in die „Good Bank“ Kommunalkredit Neu, die das kommunale Geschäft weiter betreiben soll, und in die „Bad Bank“ KA Finanz, in der alle riskanten Papiere zwischengelagert und schrittweise abgebaut werden sollen. Das kann teuer werden.

Alois Steinbichler: *Mein Ziel ist daher, möglichst wenig öffentliche Mittel zu beanspruchen, und da strengen wir uns jeden Tag dafür an. Dass es nicht ohne öffentliche Mittel geht, ist klar. Das zeigen auch andere Abbau-Banken im benachbarten Ausland, wo massive Mittel auch dazu zur Verfügung*

stehen, aber das ändert nichts an unserer Aufgabenstellung. Die lautet: so wenig als nur irgendwie möglich bei realistischer Betrachtung der Gegebenheiten.

Doch so gering ist sie nicht, die bisherige Rechnung für den Steuerzahler. 2009 wird eine Kapitalisierungsvereinbarung in der Höhe von 1,1 Milliarden Euro getroffen, 2011 ein Gesellschafterzuschuss von 600 Millionen Euro gewährt, im März 2012 eine Staatshaftung von 250 Millionen und im April eine Kapitalerhöhung von 400 Millionen Euro. Abzüglich der geleisteten Haftungsentgelte an die Republik, 350 Millionen, kostete die KA Finanz den Staat unter dem Strich rund zwei Milliarden Euro – bis jetzt. Ein ganz schön großer Batzen Geld. €CO ist beim obersten Wächter über den milliardenschweren Steuerzuschuss, der in Österreichs Banken gepumpt werden musste. Auch er räumt ein: Die Hoffnung, dass das Abbauen der Schrottpapiere halbwegs günstig wird, hat sich nicht erfüllt.

Klaus Liebscher, FIMBAG – Finanzmarktbeteiligung AG: *Dass die Realität eine andere wurde und wir bis jetzt rund zwei Milliarden vom Staat für diese Abbaubank in Anspruch nehmen mussten, ist unbestritten. Aber man muss auch damit rechnen, eine Abbaubank ist nicht etwas, was Sie innerhalb von ein, zwei oder drei Jahren sanieren können, sondern das wird eine längerfristige Angelegenheit werden.*

Längerfristig, bodenständig und sicher – so hätte das Kerngeschäft der Kommunalkredit eigentlich sein sollen. Sie hat öffentliche Projekte wie zum Beispiel den Kanalbau von Gemeinden finanziert. Doch Erdarbeiten allein – das ist der Bank irgendwann zu wenig gewesen. Und so ist man 2002 nach Zypern gegangen. Weit weg von den heimischen Gemeindegeldern hat man auf der griechisch-türkischen Insel ganz neue Wege eingeschlagen. Mit einer Tochtergesellschaft sind Milliardengeschäfte in ganz Europa hochgezogen worden, selbstverständlich steuerschonend. Dank hochriskanter Kreditgeschäfte sind die Gewinne nur so gesprudelt. Im €CO-Interview schwärmt damals ein hochzufriedener Vorstand:

Reinhard Platzer: *Für uns ist Zypern einerseits ein Markt, andererseits aber ein Ausgangspunkt, um internationale Finanzierungen im Bereich der öffentlichen Hand von dort zu organisieren. Wir haben es nicht bereut – nicht nur des besseren Wetters wegen, sondern auch der guten Geschäfte, die wir von Zypern aus machen. Die Bilanzsumme liegt schon über einer Milliarde Euro und wir haben sehr gut verdient in Zypern.*

Gut verdient hat man mit teuren Wetten – mit CDS, den Kreditausfallsversicherungen. Ein Investor, der beispielsweise Griechenland-Anleihen gekauft hatte, hat sich bei der Kommunalkredit gegen einen Staatsbankrott abgesichert. Die Bank haftet und bekommt dafür eine Prämie. Ein gutes Geschäft – bis zu Pleite Griechenlands. Jetzt sind hohe Ausfallszahlungen fällig. €CO trifft den mittlerweile abmontierten Vorstand zum erneuten Interview. Für den einstmals hochbezahlten Manager ist das Schlamassel mit der Kommunalkredit einfach nur Pech. Nein, zu gierig war er nicht. Er ist sich keiner Schuld bewusst. Schuld hat allein die Finanzkrise.

Reinhard Platzer: *Aus der Sicht heute hätte man vieles anders machen können. Aus damaliger Sicht haben wir aus dem damaligen Wissensstand und in Abstimmung mit den Aufsichtsräten und der Konzernspitze gehandelt. Also, wir haben nicht gezockt, sondern langfristig in Staatsrisiken investiert. Und aus heutiger Sicht stellt sich heraus, dass diese Staatsrisiken eben viel höhere Risiken sind, als man vor fünf, sechs, sieben Jahren angenommen hat.*

Die Staatsrisiken sind offensichtlich. Und es geht schon lang nicht mehr um Griechenland alleine. Auch in Krisenländern wie Spanien gibt es Anzeichen für den Absturz – Probleme, die sich auch im Portfolio der „Bad Bank“ KA Finanz wiederfinden. Die Risiken der KA Finanz sehen so aus: 17,7 Milliarden lasten noch auf der Bilanz, davon 8,3 Milliarden an Kreditausfallsversicherungen, den CDS. In Österreich sind eine Milliarde Euro offen, wie bis vor kurzem in Griechenland. Hier hat man aber 920 Millionen bereits in den Wind schreiben müssen, 80 Millionen sind noch offen. Hohe Summen sind in diesen Krisenländern noch offen: Portugal 780 Millionen, Irland 760, Italien 670, Belgien 600 und 830 Millionen Euro in Spanien.

Zurück zur Pressekonferenz der Kommunalkredit. Das Management beteuert, mehr als bisher soll die KA Finanz den Steuerzahler nicht kosten – vorausgesetzt natürlich, Portugal, Spanien oder Italien folgen den Griechen nicht in die Pleite. Und wäre es nicht billiger gewesen, wenn man die Schrottpapiere einfach gleich bei der Verstaatlichung verkauft hätte?

Alois Steinbichler: *Hätte man das Portfolio bei der Verstaatlichung liquidiert, dann wären die stillen Lasten realisiert worden. Das heißt, es wäre ein Verlust von guten vier Milliarden Euro entstanden. Das ist natürlich nicht sinnvoll, das zu tun. Würde man das heute tun, wären die stillen Lasten ungefähr bei zweieinhalb Milliarden Euro. Und es wäre auch heute keine kluge Entscheidung, das unmittelbar zu realisieren, sondern die Grundprämisse ist natürlich, mit weniger Schaden für die Öffentlichkeit auszusteiern.*

Da wird einem mit Zahlen der Marsch geblasen. Also noch einmal zum Nachrechnen: 2,5 Milliarden wäre heute der Verlust, zwei Milliarden mussten bereits gezahlt werden – zusammen also 4,5 Milliarden. Hätte man damals verkauft, wäre der Verlust vier Milliarden gewesen, also eine halbe Milliarde weniger. Die Marschrichtung der „Bad Bank“ ändert sich nicht. Man hofft weiter auf bessere Zeiten – wir, die Steuerzahler, auch.